

Hier werden nicht die vielfach brillanten Ausführungen von Clemens Knobloch (CK) zur Flüchtlingskrise in Frage gestellt; vielmehr soll auf ein gravierendes methodisches Problem aufmerksam gemacht werden, das die im Einzelnen so prägnanten Bewertungen wiederum relativiert und auch zum Widerspruch auffordert. Dieser entzündet sich schon angesichts der Behauptung, dass die Linke („zu meinem Bedauern“) die beinahe „unglücklichste Figur“ im aktuellen „Flüchtlingsdiskurs“ mache, da sie ihrer moralischen Position enteignet werde. Die politischen Karten würden vor dem Hintergrund einer im Börsensprech „volatilen“ Lage alle paar Tage neu gemischt: „Studieren kann man vor allem dynamische Faktoren und Verlaufsmuster einer solch inszenierten Krise.“ In dieser Aussage kommt ein weiterer kritischer Aspekt zum Vorschein: eine gesellschaftlichen Realität, die als manipulierter Krisenmodus begriffen wird. Dies wird am Ende des Aufsatzes mit einer kolportierten Empfehlung von Milton Friedman begründet: „Willst Du eine Veränderung bewirken, dann löse eine Krise aus“. Und CK fährt fort, dass uns Medien und Politiker sagen, dass wir von Krisen bedroht oder mitten in diesen seien, „ob es sich um Klima, Griechenland, Ressourcen, Zinsen, Finanzmärkte, den Nahen Osten, die Flüchtlinge und was auch immer handelt.“ So mache sich der Eindruck breit, dass die neoliberalen Eliten den „Krisenmodus“ bei Handlungsbedarf auch bewusst auslösten und einsetzten.

### **Zur Kritik eines manipulativen Verständnisses der „Kriseninszenierung“**

Wenn die aufgezählten Krisen als mediale und politische Manipulation begriffen werden, ohne ihre objektiven Ursachen in historischen Entwicklungs- und gesellschaftlichen Strukturzusammenhängen einzubeziehen, steigt die Gefahr von subjektivierenden Kurzschlüssen. Die gesellschaftliche Praxis der sozialen Akteure, ihre Strategien und Taktiken sowie die sich verändernden Kräfteverhältnisse und eingegangenen Kompromisse können auf einer diskursanalytischen Ebene zwar erkannt, aber nur begrenzt begriffen werden. So viel auch dafür spricht, dass „Not- und Ausnahmestände staatliche Machthandlungen erfordern und legitimieren, die durch Verfassung und Gesetz nicht gedeckt sind“, so problematisch ist es, das oben genannte breite Krisenspektrum und speziell die Flüchtlingskrise unter den Generalverdacht einer möglicherweise strategischen Inszenierung zu stellen.

Vielmehr sind die ökologischen wie auch sozialökonomischen Krisen bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen jenen gesellschaftlichen Widersprüchen geschuldet, die immer wieder systembedingte Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise aufzeigen, die unterschiedliche politische Antworten und mediale Interpretationen hervorrufen. Die gegenwärtig unmittelbar erfahrbare Krisenvielfalt spricht für eine sinkende politische Steuerungsfähigkeit, die ein Labyrinth unterschiedlicher Kalküle der politischen Akteure hervorbringt. Diese spielen weniger eine ursächliche, sondern mehr eine reaktive, aber auch verschärfende Rolle. Die Flüchtlingsströme aus dem Nahen Osten verweisen über die lokalen diktatorischen Regime hinaus auf den beanspruchten Zugriff des Westens auf energetische

Ressourcen, Marktzugänge und freien Kapitalverkehr. Dies ist immer wieder in offiziellen Verlautbarungen über die veränderten Nato-Strategien von der Verteidigung zur Intervention, selbst von deutscher Seite, formuliert worden.

In diesem Sinne haben Neokonservative in den USA seit den 1990er Jahren affirmativ einen „demokratischen Imperialismus“ gegenüber dem Nahen Osten propagiert. Dies lief folgerichtig auf eine Politik des aktiven Regimewechsels zunächst in Afghanistan und im Irak, dann in Libyen und in Syrien hinaus, auf eine „systematische Staatszerstörung“ nach CK, die nach dem Zerfall der Sowjetunion das zunächst danieder liegende und als Regionalmacht gedemütigte Russland unter Putin wieder auf den Plan gerufen hat. Die Flüchtlingsströme sind im mittlerweile vorherrschenden Sprach nihilismus der millionenfache menschliche *Kollateralschaden* einer Politik, die zunehmend barbarische und nicht mehr umstandslos manipulierbare Elemente einschließt, wie es die verwirrenden Bündnis- und Kriegskonstellationen demonstrieren. Wenn CK moniert, dass die Linke sich nicht traut, in dieser Sache die politische Klasse frontal anzugreifen, was immer er darunter verstehen mag, dann nimmt er nicht gebührend wahr, dass im Rahmen ihrer beschränkten Handlungsmöglichkeiten vielfältige Aufklärungsarbeit geleistet wird.

### **Krisenbewältigungsversuche mit Rückendeckung der Wirtschaft**

Die kaum entwirrbare Konstellation macht deutlich, in welchem Maße die bewährte Politik des Aussitzens und Durchwurstelns auf ihre Grenzen stößt. Dies tritt in dem von CK beschriebenen Schwanken der „hegemonialen Elite“ zwischen Inklusion und Exklusion gegenüber rechten Strömungen deutlich zutage. Letztere stoßen in ihrer Islamophobie zwar auf eine wachsende Zustimmung in der Bevölkerung, aber auch noch immer auf breiten Widerstand in Gesellschaft und Politik. In solch einer politisch instabilen Situation liegt der ursprünglichen Entscheidung der Kanzlerin in der Flüchtlingsfrage, ihrer Wandlung von der „Eisernen-Lady-Variante“ gegenüber südeuropäischen Schuldnerländern zum „Mutter-Theresa-Komplex“ - wie schon ein paar Jahre zuvor in der Kehrtwendung zum Atomausstieg im Gefolge der Nuklearkatastrophe von Fukushima - nicht unbedingt ein weitsichtig kalkuliertes „moralisches Image“, „strategisch eine maximale Moralposition („Wir schaffen das!“)“, ein „Moralischer Coup“ zugunsten deutscher Hegemonie „im ohnehin anstehenden EU-Zerfall“, wie CK vorschnell prognostiziert, und im primären Exportinteresse deutscher „Kapital- und Wirtschaftsfürsten“ zugrunde.

Einflussreiche Wirtschaftskreise haben Merkels Kurs zwar vorbehaltlos, doch im Kontext ihrer jahrzehntelangen Werbung für selektive Einwanderungsmöglichkeiten zur Befriedigung des wachsenden Fachkräftebedarfs zugestimmt. Dies wusste natürlich auch die Kanzlerin, zumal solche Möglichkeiten einige westliche Länder wie das von CK zitierte Kanada längst eingeführt haben. Hier wird die Einwanderung über ein Punktesystem für erwünschte Merkmale etwa nach demographischen und sozialökonomischen Kriterien gesteuert. Teilweise übereinstimmende Forderungen zivilgesellschaftlicher Kräfte sind in einem linken Verständnis insoweit anschlussfähig, als es wenigstens gelingt, ausschließende Bewertungsraster einzuschränken, wenn nicht gar zu vermeiden. Insofern sollte die von der Bundesregierung geforderte anteilmäßige Aufnahme von Flüchtlingen weniger als

„internationale Moralagentur“ nach der Zuchtmeisterrolle Deutschlands in der Griechenlandkrise entlarvt, sondern umgekehrt die politisch gebotene Revision letzterer für die schwarz-rote Koalitionsregierung erneut auf die Tagesordnung gestellt werden. Dies bietet sich gerade in der laufenden flüchtlingspolitischen Abstrafung Griechenlands mit untragbaren gesellschaftspolitischen Belastungen und ansteigenden finanziellen Kosteneffekten an.

Insofern kann es die Linke nur begrüßen, wenn sich „das deutsche Kapital kein völkisch-exklusives, kein regressives Image in der Welt leisten“ kann; sie sollte ein von ihm demonstriertes „liberal-universalistisches Image“ gerade nicht angreifen, sondern vielmehr die „symbolpolitische ‚Nische‘ für einen guten ‚Hegemon‘“ in einer ausgleichenden Entwicklungsperspektive politisch weiterzutreiben versuchen – in einer friedensschaffenden Richtung, so dass die privatwirtschaftlich wie öffentlich zu tragende arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitische Aufnahme der Flüchtlinge hierzulande sich für die zerstörten Länder künftig wieder auszahlen kann. Es ist nichts daran auszusetzen, dass die öffentlichen und privaten Ausgaben für Sprachkurse, berufliche Qualifizierung und gesellschaftliche Integration einen politisch gesicherten Aufenthaltsstatus erfordern, der aus asylrechtlichen und humanitären Gründen im Kontext der nicht veränderbaren Verfassungsgrundsätze einer staatlichen Garantie der Menschenwürde (Art. 1 GG) in einem demokratischen und sozialen Bundes- und Rechtsstaat (Art. 20, 28 GG) ohnehin geboten ist. Umso mehr ist die Linke gefordert, für eine verfassungsrechtliche Einbettung und soziale Zivilisierung wirtschaftlicher Opportunitätserwägungen und das heißt auch für eine Zurückdrängung ansteigender Rüstungsexporte und einer hysterischen Flüchtlingsabwehr zu sorgen.

### **Die Linke als integrales Element der Willkommenskultur**

In der angesprochenen „medialen Verlaufsdynamik der Flüchtlingskrise“ ist es richtig, immer wieder auf die bereits gekürzten öffentlichen Ausgaben hinzuweisen, die es nunmehr von der Polizei über diverse Sozialbereiche bis zur Bildung zügig aufzustocken gilt, was in zahlreichen Stellungnahmen kommunaler Vertreter, gesellschaftlicher Organisationen und nicht wenigen Kommentaren in den Medien längst gefordert wird. Doch ist es angesichts unzureichender staatlicher Mittelzuwendungen keinesfalls ethisch zu verantworten wie politisch kontraproduktiv, das von „aufgeklärt-liberalen“ Journalisten in den öffentlich-rechtlichen Medien propagierte „Refugees Welcome-Programm“ als eine „hypertrophe“ oder „hypermoralisierende“ Willkommenskultur und zivilgesellschaftliche „Helfereuphorie“ zu geißeln. Vielmehr sind konzertierte Aktionen angesagt, um finanzielle und personelle Entlastungseffekte für die klammen Gemeinden und betroffenen Verwaltungsorgane zu mobilisieren. In der Förderung eines produktiven Zusammenspiels behördlicher Kompetenz mit breitem zivilgesellschaftlichem Engagement liegen Lösungsmöglichkeiten für die sich zuspitzenden Probleme, aber nicht in der Erwartung von Rückschlägen und einer Zurückstutzung als moralisch etikettierter Programme. Entsprechend versteht sich die Linke als organischer Bestandteil einer breit getragenen Willkommenskultur, die gegen erstarkende Bedenkenträger in der Gesellschaft und den Parteien, insbesondere gegen rassistische, fremden- und flüchtlingsfeindliche Parolen, zu verteidigen ist.

Mit dem Hinweis auf den faktischen Zusammenbruch der geltenden europäischen Rechtsordnung durch „den radikalen Schwenk der deutschen Flüchtlingspolitik ins Moralische“ dekuvriert CK im gleichen Atemzug völlig zu Recht die Ungerechtigkeit in der Dublin-Regelung, die Last der nahöstlichen Flüchtlingsströme der Peripherie, den ohnehin schwächeren Staaten Griechenland, Italien und Spanien aufzubürden. Dieser „hegemoniale Coup der starken zentraleuropäischen Nationen“ wird zwar von der politischen Klasse kaum und von einigen Medien erst ansatzweise thematisiert, ist aber zentraler Gegenstand linker Kritik wie auch die bedrohliche Lage der bereits durch den deutschen Austeritätsskurs an den Rand des Ruins gebrachten südeuropäischen Länder. Dass diese nicht auch noch zusätzlich die Flüchtlingsströme bei Strafe ihres Zusammenbruchs aufnehmen konnten, liegt auf der Hand, aber nicht der Schluss ihrer zunächst unbeschränkten Aufnahme in Deutschland als „einzig rationaler Ausweg“ der Bundeskanzlerin, um den Zerfall der EU zugleich gepaart mit einem hegemonialen Anspruch Deutschlands abzuwenden.

Wenn nun die Widerstände innerhalb der Regierungskoalition als Spiegelbild medial verstärkter Interessenwidersprüche mit einer reaktionären Schlagseite aufbrechen, ist es sowohl moralisch als auch politisch geboten, dass Koalitionäre aus Christ- und Sozialdemokraten, aber auch Teile der grünen wie die linke Opposition die von CK als „moralische Maximalfassade (keine Obergrenzen, keine militärisch gesicherten Grenzzäune)“ denunzierte Position der Bundeskanzlerin unterstützen. Es handelt sich gegenwärtig bei ihrem Zurückweichen eben nicht um die Demaskierung einer bisher kaschierten Strategie, sondern um die politischen Auswirkungen sich verstärkt unter medialem Trommelfeuer flüchtlingskrisch verschiebenden Einstellungsmuster in der Bevölkerung, auf die Entscheidungsträger ebenso reagieren wie sie diese beeinflussen. Ein prozessuales Verständnis unterstellt nicht von vornherein einzelnen Personen und Parteien a priori verborgene Absichten, die mit inszenierten Skandalen und Störungen „moralisch legitimiert“ durchgesetzt werden, auch wenn diese eine verschärfende Rolle spielen und immer wieder, deutlich in den Kölner Silvesterereignissen, eine Instrumentalisierung erfahren.

### **Zur Stärke eines moralisch-politischen Humanismus**

Wenn die gesellschaftlichen Kräfte nach CK keine andere Wahl haben, als die „moralische Radikalisierung“ des von der Kanzlerin besetzten Guten oder des „Übertritts in das Lager der moralisch „Bösen“, der Bedenkenträger und der Rechten, manövriert sich seine dualistische Argumentation in eine Zwickmühle, in der ein realitätsfremdes Entweder-Oder-Konstrukt keine anderen Handlungsmöglichkeiten offen lässt. Hierfür spricht auch die Behauptung einer „semantischen Enteignung“ der Linken und Grünen. Linke Politik wirkt jedoch bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen, die einen Wahlausdruck um zehn Prozent für die Linkspartei finden, nicht dadurch, dass Alleinstellungsmerkmale gehegt, sondern vielmehr gesellschaftlich verbreitert werden, bis sie Durchsetzungsstärke erlangen. Das kann die Linke aber nicht allein; sie wird eher inspirieren, als verbindendes Ferment wirken und hierbei gesellschaftliche Handlungsstärke entwickeln. Entsprechend kommt es in der Flüchtlingskrise darauf an, über organisations-, partei- und strömungspolitische Reviere hinweg gemeinsam moralische wie politische Bewertungsmaßstäbe zu reaktivieren oder neu herauszubilden, die erweiterte Bündnis- und Handlungsmöglichkeiten gegenüber einer reaktionären Rechten

eröffnen. Dass solch ein breiter Schulterschluss die Linke handgreiflich schwächt und die neue Mitte weiter nach rechts rückt, wie CK meint, bleibt eine nicht begründete Spekulation, die zudem innere gesellschaftliche Kräfteverhältnisse wie äußere Machtkonstellationen in ihrer Wechselwirkung außer Acht lässt.

Die Linke wird ebenso wenig von einer wirtschaftspolitisch geforderten Einwanderung wie einer moralisch begründeten Aufnahme der Flüchtlinge durch die Bundeskanzlerin politisch enteignet, sondern umgekehrt ihr eigener konkreter Humanismus bekräftigt. Dieser wird gegen – ob nun von politischen Kräften erzwungene oder mittlerweile auch geteilte - Rückzugsgefechte der Kanzlerin und der Regierung konsequent von zivilgesellschaftlichen Kräften und medialen Netzwerken wie großen Teilen der Grünen und der Linken vertreten, indem die „Verschärfungen des Asylrechts“ abgelehnt und für die sozialpolitische Erweiterung künftiger „wirtschaftskompatibler Einwanderungsregeln“ gestritten wird. Was CK als Schwäche der Linken, als ihre einzige Ressource kritisiert, ist vielmehr ihre Stärke - in den Worten von Karl Marx der politisch-moralische Humanismus, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“.

Linke Politik wirkt bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen, die einen Wahlausdruck um zehn Prozent für die Linkspartei finden, gerade nicht dadurch, dass Alleinstellungsmerkmale in einem sektiererischen Ghetto gefeiert, sondern gesellschaftlich verbreitert werden, bis sie Durchsetzungsstärke erlangen. Das kann die Linke aber nicht allein; sie wird eher inspirieren, als verbindendes Ferment wirken und hierbei Handlungsstärke entwickeln. Insofern versteht sich die Linke als ein organischer Bestandteil einer gesellschaftlich getragenen und zu erweiternden Willkommenskultur, die gegen erstarkende Bedenkenträger in der Bevölkerung und vor allem gegen rassistische, fremden- und flüchtlingsfeindliche Aktivitäten zu verteidigen ist. Statt aus der komfortablen Position des *frei schwebenden Intellektuellen* wohlfeile Kritik an allem und allen zu üben, gilt es vielmehr eine humanistisch begründete Parteinahme für die entwurzelten Opfer imperialer Machtinteressen zu praktizieren sowie progressive Initiativen und breite Bündnisse gegen rechte und reaktionäre Tendenzen zu unterstützen, der innergesellschaftlichen Verrohung unter völkischen Losungen mit weiteren politischen, gewerkschaftlichen und zivilen Kräften ebenso zu widerstehen wie den barbarischen Bestrebungen in der polizeilichen und militärischen Flüchtlingsbekämpfung außerhalb Deutschlands.